

SÖREN BARTOL
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

JOHANNES KAHRS
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
HAUSHALTPOLITISCHER SPRECHER

BERNHARD DALDRUP
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
SPRECHER DER ARBEITSGRUPPE BAU,
WONEN, STADTENTWICKLUNG UND
KOMMUNEN

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 12. Februar 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

für viele Menschen wird es immer schwerer bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnungsmangel führt insbesondere in den Großstädten dazu, dass sich Menschen keinen angemessenen Wohnraum mehr leisten können. Für die Politik ist es die große soziale Aufgabe dieser Zeit, bezahlbare Wohnungen zu schaffen. In den Koalitionsgesprächen und auf dem Wohngipfel haben wir uns erfolgreich für eine Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Bundes eingesetzt. Nun bringt Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Umsetzung der Wohnrauooffensive maßgeblich voran: angespannte Wohnungsmärkte werden entlastet, indem mehr bundeseigene Flächen für den Wohnungsbau bereitgestellt werden.

Am 6. Februar 2019 haben die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und die Kommunalen Spitzenverbände ein gemeinsames Informationsschreiben unterzeichnet, in dem sie ankündigen, in Zukunft enger zu kooperieren (das Dokument ist diesem Schreiben beigelegt). Ziel ist es, bundeseigene Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren und somit einen Beitrag zur Wohnraumoffensive zu leisten.

Das Schreiben erläutert die neue Richtlinie der BImA zur verbilligten Abgabe von Grundstücken (VerbR), die im Haushaltsgesetz 2018 verabschiedet worden ist. Sie liefert den Kommunen wesentliche Verbesserungen, insbesondere für den sozialen Wohnungsbau.

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

BÜROANSCHRIFT JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 2.409 WILHELMSTR. 68 10117 BERLIN
TELEFON (030) 227-70191 **TELEFAX** (030) 227-56 5 92 **E-MAIL** SOEREN.BARTOL@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS BIEGENSTR. 33 35037 MARBURG
TELEFON (06421) 169 90 16 **TELEFAX** (06421) 169 90 20 **E-MAIL** SOEREN.BARTOL.WK@BUNDESTAG.DE



Bereits seit 2013 sind Wohnungen im Besitz der BImA vorwiegend an die öffentliche Hand verkauft worden. Von insgesamt 5.100 veräußerten Wohneinheiten wurden 3.200 (62,75 Prozent) an öffentliche Träger verkauft. Damit möglichst zügig weitere entbehrliche, bundeseigene Flächen für den Wohnungsbau bereitgestellt werden können, werden die BImA und die Kommunen künftig enger kooperieren.

Darüber hinaus plant die BImA, eigene Wohnungsbauvorhaben im Rahmen der Wohnungsfürsorge für die Unterbringung von Beschäftigten des Bundes umzusetzen und dadurch ebenfalls zu einer Entlastung angespannter Wohnungsmärkte beizutragen.

Wir begrüßen diese wichtigen Schritte in der Umsetzung der Wohngipfelbeschlüsse sehr. Mit der Wohnraumoffensive schaffen wir mehr bezahlbaren Wohnungsbau. Die Kooperation von BImA und Kommunen stärkt die Trendwende zu mehr bezahlbarem Wohnraum. Mit dem Haushaltsgesetz 2018 haben wir die erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen, um Ländern und Kommunen ein Erstzugriffsrecht auf entbehrlichen BImA-Flächen zu geben. Wir fordern an dieser Stelle auch die Länder auf, ihre ungenutzten Flächen – zu den gleichen Konditionen wie der Bund – an die Kommunen zum Bau von Wohnungen abzugeben.

Der Bund verstärkt seinerseits weiterhin seine Anstrengungen, um die Länder und Kommunen beim Bau von Sozialwohnungen zu unterstützen. Die Bundesmittel für 2019 wurden dafür um 500 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt.

Mit solidarischen Grüßen

Sören Bartol

Johannes Kahrs

Bernhard Daldrup